

EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Zum Denken und Fühlen ..

Zu unserer Freude bleibt es beim 14. Juli 2015 als Termin eine Informationsveranstaltung zum transatlantischen Freiheitsabkommen TTIP zwischen der EU und den USA. Die Veranstaltung mit der IHK Offenbach und Florian Rentsch wird abends stattfinden. Ort und Zeit werde ich Ihnen vermutlich schon im nächsten Newsletter mitteilen können.

Neu war für mich die Tatsache, dass bereits Beitrittsverhandlungen mit Montenegro geführt werden. Am 30. März 2015 haben sich die Verhandlungsführer der EU und Montenegros auf die Öffnung von zwei neuen Verhandlungskapiteln geeinigt. Das Kapitel 16 - Steuerwesen und das Kapitel 30 - Außenbeziehungen sollen geöffnet werden. Von den 35 festgelegten Kapiteln wären damit 18 zur Verhandlung geöffnet. Zwei Kapitel wurden bereits vorläufig abgeschlossen. Montenegro wird aufgefordert, seine Rechtsvorschriften im Einklang mit der europäischen Gesetzgebung zu gestalten sowie entsprechende Verwaltungskapazitäten aufzubauen. Im Juni 2012 waren die Beitrittsverhandlungen mit Montenegro begonnen worden.

Der DIHK sorgt sich um neue Bürokratielasten bei Elektrogeräten

Das Bundeskabinett hat am 11. März 2015 der Novelle des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes zugestimmt, mit der eine EU-Richtlinie umgesetzt wird. Die betroffenen Unternehmen werden dadurch mit über ei-

ner Milliarde Euro Bürokratiekosten zusätzlich belastet.

Seit 2005 sind Hersteller und Vertreiber von Elektro- und Elektronikgeräten verpflichtet, ihre verkauften Altgeräte zurückzunehmen und im Rahmen einer Arbeitsteilung mit den Kommunen zu entsorgen. Die Kommunen übernehmen die Abholung der Geräte bei den privaten Haushalten und stellen sie den Herstellern zur Verfügung. Die Hersteller sorgen dann auf eigene Kosten für die Entsorgung der Altgeräte. Koordiniert wird dies über die von den Herstellern organisierte und staatlich beliehene Stiftung elektroaltgeräte register.

Mit der geplanten Neuregelung kommen auf die 12.600 betroffenen Unternehmen ca. 25 neue bzw. erweiterte Berichts- und Erfüllungspflichten zu. Sie sind teilweise bereits mit der EU-Richtlinie vorgegeben. Dazu zählen z. B. die Durchführung einer Funktionsprüfung, Nachweise beim Export gebrauchter Geräte sowie die Anzeige von Rücknahmestellen und die Verlaufsmeldungen der Vertreiber an die Stiftung ear. Der laufende jährliche Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft steigt dadurch um mindestens 97 Millionen Euro.

EU-Kommission

EU-Kommission beseitigt letzte Hürden für deutschen Offshore-Ausbau

Mit Offshore-Windenergie will Deutschland seine energiepolitischen Ziele für den Ausbau erneuerbarer Energien erreichen. Der



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Offshore-Ausbau werde die Energie- und Umweltziele der EU fördern, ohne den Wettbewerb im Binnenmarkt übermäßig zu verzerren. Mit dieser Begründung hat die EU-Kommission am 16. April staatliche Förderungen für den Bau und Betrieb von 17 Windparks in der Nordsee und drei Parks in der Ostsee genehmigt.

[http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TEXT/PDF/?uri=CELEX:52014XC0628\(01\)&from=EN](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TEXT/PDF/?uri=CELEX:52014XC0628(01)&from=EN)

EU bleibt größter Geber von Entwicklungsunterstützungen

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) veröffentlichte am 08.04.2015 vorläufige Daten zur kollektiven öffentlichen Zusammenarbeit. Danach erhöhte sich die Gesamthilfeleistung der EU (EU-Organe und Mitgliedsstaaten . MS -) im Jahr 2014 auf 58,2 Mrd. EUR (+ 2,4% gegenüber 2013). Die Gesamthilfeleistung der EU belief sich 2014 auf 0,42% des europäischen Bruttonationaleinkommens (BNE). Damit bleibt die EU weltweit größter Geber von Entwicklungsunterstützung. Dennoch bleiben die meisten MS hinter dem 2005 vereinbarten Ziel zurück, ihre Entwicklungshilfe bis 2015 auf 0,7% des BNE aufzustocken. Nur vier MS übertrafen 2014 die 0,7% Marke: DNK (0,85%), LUX (1,07%), SWE (1,01%) und GBR (0,71%). DEU hat seine Ausgaben für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit von 0,38% des BNE im Jahr 2013 auf 0,41% im Jahr 2014 erhöht.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-4747_de.htm

EU-Haushalt 2015

Die Kommission legte am 15.04.2015 zwei Berichtigungen zum Haushaltsplan für 2015 vor. Für BUL, ITA und ROM sind Hilfszahlungen i.H.v. insgesamt 66,5 Mio. EUR aus dem EU-Solidaritätsfonds für die durch die Flut im Jahr 2014 verursachten Schäden vorgesehen. Im zweiten Berichtigungshaushalt wird ein Haushaltsüberschuss durch Zolleinnahmen auf Importe aus Drittstaaten und Wettbewerbsstrafen aus dem vergangenen Jahr ausgewiesen. Als Folge müssen die Mitgliedsstaaten im Jahr 2015 insgesamt 1,4 Mrd. EUR weniger, als bislang vorgesehen in den EU-Haushalt einzahlen. Die EU selbst erhebt keine Steuern und Abgaben. Sie erhält Anteile an den Mehrwertsteuereinnahmen und Beitragszahlungen der Mitgliedsstaaten. Zudem erhält sie die Zolleinnahmen auf Importe in die EU aus Drittstaaten.

http://ec.europa.eu/budget/news/article_en.cfm?id=201504150942

Digitale Binnenmarktstrategie

In der Kollegiumssitzung der Kommission am 25.03. diskutierten die EU-Kommissare erstmals über die Strategie für den digitalen Binnenmarkt. Ziel der digitalen Strategie ist die Schaffung eines digitalen europäischen Binnenmarktes für Verbraucher und Unternehmen. Für die Anfang Mai 2015 geplante Verabschiedung der digitalen Strategie für Europa wurden drei Kernbereiche festgelegt, auf die sich die Kommission während ihrer Amtszeit konzentrieren will:



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

1. Zugang zu digital vertriebenen Gütern und Dienstleistungen für Verbraucher und Unternehmen verbessern
 2. Schaffung einheitlicher Rahmenbedingungen für den Erfolg digitaler Netze und Dienstleistungen
 3. Förderung einer europäischen digitalen Wirtschaft mit langfristigem Wachstumspotential
- http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-4653_de.htm

Herr zu werden. Weiter wies er auf die zunehmende Nutzung des Internets, insb. Twitter, zu Propagandazwecken hin. 50.000 Twitter-Accounts mit über 100.000 Tweets pro Tag habe man in diesem Zusammenhang identifiziert. Daher habe Europol zum 01.07.2015 einen neuen Bereich zur Bekämpfung dieses Phänomens eingerichtet.

<http://www.europarl.europa.eu/committees/en/libe/events.html?id=20150414CHE00192>

Europäisches Parlament

Anhörung zum Kampf gegen den Terrorismus und Herausforderungen für die innere Sicherheit der EU

Am 14.04.2015 richtete der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) des EP eine Anhörung zum Kampf gegen den Terrorismus und Herausforderungen für die innere Sicherheit der EU aus. Thematisch war diese in drei Teile untergliedert: Die Zunahme terroristischer Gefahr und deren Bedeutung für die innere Sicherheit der EU, Bekämpfung gewaltbereiten Extremismus und Radikalisierungsprävention sowie Instrumente der Politik im Kampf gegen den Terrorismus. können wir der Herausforderung begegnen? Europol-Direktor Rob Wainwright wies in seinem Vortrag darauf hin, dass die nationalen Polizeibehörden noch nicht ausreichend Informationen bei der Terrorismusbekämpfung austauschten. Man habe bei Europol einen neuen Schwerpunktbereich, der sich mit den sog. Foreign Fighters beschäftigt eingerichtet, um der Problematik besser

Auswahl und Redaktion:



Dagmar Weiner

Europabeauftragte der FDP Kreis Offenbach

Pappelweg 14, 63263 Neu-Isenburg
E-Mail: d.weiner@fdp-kreis-of.de

